Bundesrat Drucksache 240/13/88

07.07.88

Antrag

der Länder Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz - PostStruktG)

Punkt 4a der 591. Sitzung des Bundesrates am o8.Juli 1988

Der Bundesrat möge beschließen:

In Artikel 3 Nr. 3 ist in § 2 Abs. 2 der Satz 3 zu streichen

Begründung:

Im Bereich der Kommunikation über Satellitenfunkanlagen ist eine erhebliche Ausweitung zu Lasten des Telefonverkehrs zu erwarten. Damit wird ein wesentlicher Teil der Erträge der Deutschen Bundespost gefährdet, die zur Wahrung der Aufgaben des Unternehmens benötigt werden. Das Monopol der Sprachvermittlung würde entscheidend ausgehöhlt. Eine Differenzierung nach Anlagen mit niedrigen Bitraten und anderen ist angesichts der sich abzeichnenden technischen Entwicklung nicht gerechtfertigt.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946